

6701/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Graf und Kameraden
an den Bundesminister für Justiz
betreffend universitäre Forschungstätigkeit am AKH Wien

„Professoren, welche die Arbeit Ihrer Mitarbeiter als die eigene verkaufen und dafür die Lorbeeren ernten, Ehrgeiz und Ideendiebstahl, Konkurrenzkampf zweier Professoren auf Kosten der Studierenden“, sind traurige Berichte vieler in universitären Einrichtungen tätigen Angestellten und Wissenschaftlern sowie zahlreicher Studierender.

So sollen zum Beispiel einige Professoren am AKH Wien eine unglaubliche Macht ausüben, was zu einer Zweiklassengesellschaft unter den Angestellten geführt haben soll: Einerseits soll es einen kleinen auserwählten Personenkreis geben der sich einen guten Namen macht und im Ruhm badet (Zugehörigkeit durch Geburt, Heirat, Geld, Protektion), andererseits sollen unterdrückte und interessierte Wissenschaftler um Anerkennung kämpfen, ihre wissenschaftliche Kreativität und Leistungswilligkeit soll jedoch durch Intrigen und Protektion unterdrückt werden.

So behauptet Dr. Alfred Schöller am AKH der erste Wissenschaftler in Österreich gewesen zu sein, der gegen den ursprünglichen Willen seiner Vorgesetzten die molekularbiologische Dioxinforschung etabliert habe.

Erwähnter Forscher arbeitete an einem Projekt, das zwar für drei Jahre bewilligt wurde, sein Dienstvertrag lief aber nach zwei Jahren ab. Während dieser Zeit kam es zu Konflikten unter den am Projekt beteiligten Wissenschaftlern die ihren Höhepunkt in einer Entlassungsdrohung wegen öffentlichen Beleidigung hatten.

Ein Projektbericht, der von dem Wissenschaftler verfaßt wurde und er auch die dazugehörigen Experimente besaß, wurde angeblich ohne das Wissen des Verfassers von seinen Vorgesetzten eingereicht. Wenig später wurde der Wissenschaftler gekündigt. Es wurde ihm verboten seine Experimente oder Gegenstände die er für seine Forschung aus eigenen Mitteln erworben hat, mitzunehmen. Seine privaten Sachen wurden konfisziert, durchsucht und laut seiner Aussagen sogar Gegenstände entwendet. Ein weiteres Projektjahr wurde genehmigt und mit seinen Gegenständen weitergeführt. Eine Strafanzeige des Wissenschaftlers (22 St 61543/99) wurde angeblich ohne Untersuchung zurückgelegt.

An einem Institut im AKH wird nun mit seinen Projektgeldern in Millionenhöhe an seinen Ideen gearbeitet.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Justiz folgende schriftliche

Anfrage

- 1) Ist Ihnen oben angeführter Fall bekannt?
Wenn ja, was waren Ihre Beweggründe kein Strafverfahren zu veranlassen?
- 2) Wurden Untersuchungen eingeleitet?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?
- 3) Wurden weitere Schritte veranlaßt?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?
- 4) Sind Ihnen ähnliche Fälle bekannt?
Wenn ja, welche?